Antrag

der Abgeordneten Dr. Tillmanns und Genossen

betr. Neubesetzungen im öffentlichen Dienst.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die von der Bundesregierung eingeleitete Entfernung von Mitgliedern der kommunistischen Partei, kommunistisch beeinflusster Gruppen und rechtsradikaler Verbände aus dem öffentlichen Dienst macht Neubesetzungen der dadurch freierwerdenden Stellen notwendig.

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. dafür Sorge zu tragen, daß bei diesen Neubesetzungen Vertriebene aus der sowjetischen Besatzungszone, die sich dort im Widerstand gegen den Kommunismus bewährt haben und aus politischen Gründen flüchten mußten, bevorzugt berücksichtigt werden;
2. durch Verhandlungen mit den Regierungen der Länder darauf hinzuwirken, daß diese entsprechend verfahren.

Bonn, den 26. Oktober 1950

Dr. Tillmanns	Höfler
Dr. Krone	Schütz
Frau Niggemeyer	Frau Dr. Brökelschen
Frau Brauksiepe	Bausch
Nellen	Bodensteiner